

ZUR PERSON



Die katholische Kirche kann nach den Worten des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) ihre Glaubwürdigkeitskrise nur überwinden, wenn sie sich von ihren klerikalen Strukturen verabschiedet. Reformen seien notwendig, damit „eine Kirche der Laien, vor allem der Frauen, eine Kirche der Barmherzigkeit“ entstehen könne, schreibt er auf der Internetseite www.2017gemeinsam.de. Zudem sei es notwendig, über Tabus zu reden, statt darüber zu schweigen. Außerdem fordert Thierse die Kirchen auf, das Reformationsjubiläum 2017 zu einem neuen ökumenischen Aufbruch zu nutzen. Sonst bleibe es ein rückwärtsgewandtes Ereignis, das der „Selbstvergewisserung der evangelischen Kirche diene“. Der Katholik hatte zuletzt ein Mitbestimmungsrecht der Gläubigen bei der Ernennung der katholischen Bischöfe gefordert. (epd) Foto: dpa

KURZ NOTIERT

Libysche Milizen kontrollieren Tripolis

Tripolis. Die zurückgetretene libysche Übergangsregierung hat die Kontrolle über die Hauptstadt Tripolis verloren. Ministerien und Staatsgebäude seien von „bewaffneten Milizionären besetzt“, die die Regierungsanstellungen am Zutritt hinderten und ihre Vorgesetzten bedrohten. Die meisten der bewaffneten Gruppen seien islamistische Milizen. Die Übergangsregierung hatte in der vergangenen Woche beim Parlament ihren Rücktritt eingereicht. Sie hatte ohnehin keine wirkliche Macht. Ihr Sitz ist aus Sicherheitsgründen im Osten des Landes, weil sie so dem Einflussbereich von islamistischen Milizen in Tripolis entgehen wollte. (dpa)

Türkei beschwert sich über US-Spionage

Ankara. Nach Spionagevorwürfen gegen die USA und Großbritannien hat das türkische Außenministerium den US-Botschafter in Ankara zum Gespräch gebeten. Sollten die Vorwürfe zutreffen, sei das inakzeptabel und nicht im Einklang mit der Freundschaft und der Allianz zwischen den USA und der Türkei, teilte das Außenministerium in Ankara am Montag mit. Etwaige Spionage müsse eingestellt werden. (dpa)

KONTAKT

AN-Politik-Redaktion (montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-393
Fax: 0241/5101-360
an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Nachrichten

Überparteilich · Unabhängig
Stolberger Nachrichten, Eschweiler Nachrichten, Dürener Nachrichten, Heinsberger Nachrichten, Jülicher Nachrichten, Eifeler Nachrichten
Herausgeber: Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, gegründet 1872.
Chefredakteur: Bernd Matthies
Stellv. Chefredakteure: Erich Behrendt, Bernd Büttgens
Chef vom Dienst: Thomas Thelen
Verantwortliche Redakteure: Georg Müller-Sieczkarek (Newsdesk), Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Karlo Clever/Freizeitseite), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin)
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH
Geschäftsführung: Andreas Müller
Postanschrift: Postfach 500 110, 52085 Aachen
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen
Anzeigen: Thomas Pelzer
Druck: Euregio Druck GmbH, Dresdener Straße 3, 52068 Aachen
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. Januar 2014.
Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden.
Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezugsausgaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Putin ist nicht da und doch allgegenwärtig

Polen und Deutsche gedenken auf der Danziger Westerplatte des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Scharfe Worte wegen Russlands Ukraine-Politik.

VON EVA KRAFczyk UND JÖRG BLANK

Danzig. Fünf Jahre ist es erst her, da setzten die ehemaligen Gegner des Zweiten Weltkriegs auf der Westerplatte ein Zeichen der Versöhnung. 70 Jahre nach Kriegsbeginn stellten 20 Staatsoberhäupter und Regierungschefs dort am 1. September 2009 zum Gedenken an die 60 Millionen Todesopfer blaue Glasgefäße mit Kerzen ab. Unter ihnen: der damalige polnische Präsident Lech Kaczyński, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin.

Auch in diesem Jahr ist Putin am 1. September 2014 auf der Westerplatte allgegenwärtig, auch wenn er gar nicht zu den Anwesenden gehört. Doch diesmal geht es nicht um Putin als Friedens- und Reformpartner Europas, um Russland als einen der Staaten, die Europa 1945 vom Faschismus befreiten. Der Kremlchef geht eher als Dämon um, der mit seiner Unterstützung der Separatisten in Polens Nachbarland Ukraine und seinem Nachmachtdenken den Frieden in der Welt bedroht.

Vor fünf Jahren hätten sich die Mächtigen auf der Westerplatte „auf dem Weg zu einem Kontinent der Freiheit und des Friedens gesehen“, sagt Bundespräsident Joachim Gauck an diesem herbstlich-kühlen Montag. „Wir glaubten und wollten daran glauben, dass auch Russland, das Land von Tolstoi und Dostojewski, Teil des gemeinsamen Europa werden könne.“

In den Worten klingt Wut mit

Aus den Worten des 74 Jahre alten Bundespräsidenten – er war gerade fünf Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging – klingt Wut und Empörung über Putin. Wohl niemand habe 2009 geahnt, „wie dünn das politische Eis war, auf dem wir uns bewegten“, sagt Gauck, der ohnehin nicht gerade als Freund Moskaus gilt. Bitter fügt er hinzu: „Wie irrig der Glaube, die

Wahrung von Stabilität und Frieden habe endgültig Vorrang gewonnen gegenüber Machtstreben.“ Nun seien Stabilität und Frieden auf dem Kontinent wieder in Gefahr.

Für einen Bundespräsidenten ungewöhnlich scharf verlangt Gauck von Putin eine Änderung seiner Politik und die Rückkehr zu den Regeln des Völkerrechts. Und er nimmt auch das Wort Verteidigungsbereitschaft in den Mund, die man an die neue Lage anpassen werde – wieder so ein Signal des Bundespräsidenten, dass Deutschland bereit ist, seiner gestiegenen Verantwortung in der Welt notfalls auch mit Waffengewalt gerecht zu werden.

„Wie irrig der Glaube, die Wahrung von Stabilität und Frieden habe endgültig Vorrang gewonnen gegenüber Machtstreben.“

BUNDESPRÄSIDENT JOACHIM GAUCK IN RICHTUNG WLADIMIR PUTIN

In Polen, wo Politiker aller Parteien seit Beginn des Ukraine-Konflikts auf eine entschiedene Haltung gegen Russland drängen, werden solche klaren Worte gern gehört. „Wenn wir heute auf die Tragödie der Ukrainer blicken, auf den Krieg im Osten unseres Kontinents, dann wissen wir, dass der September 1939 sich nicht wiederholen darf. Heute ist noch Zeit, denen Einhalt zu gebieten, für die Gewalt zum Arsenal ihres Handels gehört“, hatte der polnische Regierungschef und designierte EU-Ratspräsident Donald Tusk bereits am Morgen auf der Westerplatte gesagt. Es sei nicht die Zeit für schöne Worte und naive Illusionen. „Nie wieder Krieg“ dürfe kein Schlagwort der Schwachen sein.

Auch Polens Staatspräsident Bronisław Komorowski, der direkt neben Gauck steht, hat in den vergangenen Wochen vor einer nachgiebigen Haltung gegen Russland gewarnt und zusammen mit seinen mitteleuropäischen und balti-



Gedenkfeier im Morgengrauen: An dieser Stelle, der Westerplatte bei Danzig, fielen am 1. September 1939 um 4.45 Uhr die ersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs. Foto: dpa

schen Amtskollegen eine Stärkung der Nato-Ostflanke gefordert. In diesen Ländern, die einst dem Warschauer Pakt angehörten, sitzt das Misstrauen gegen ein übermächtiges Moskau tief. Zu gut erinnert sich Polen, dass nach den deutschen Truppen Mitte September 1939 auch die Rote Armee in Polen einmarschierte und die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der dortigen weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung begründete.

Der Appetit von Aggressoren

Wie nah sich Gauck und Komorowski in ihrer Einschätzung Putins sind, zeigt auch, dass der Deutsche einen Gedanken des Polen aufnimmt, den dieser am Wochenende im deutschen Radio ausge-

sprochen hatte. Dort warnte Komorowski vor einem neuen russischen „Imperium“ und einer Appeasement-(Beschwichtigung-)Politik des Westens gegenüber Moskau. Es dürften nicht die Fehler der 1930er Jahre wiederholt werden, als man Hitler nachgegeben und es versäumt habe, „die Gewaltanwendung Deutschlands zu stoppen“. Gauck sagt nun: „Die Geschichte lehrt uns, dass territoriale Zugeständnisse den Appetit von Aggressoren oft nur vergrößern.“ Unausgesprochener Adressat: Wladimir Putin.

Ob sich der russische Herrscher noch an seine Worte von 2009 erinnert? Damals hatte Putin bei der Gedenkveranstaltung gesagt, Bemühungen, die Nazis zu besänftigen, seien falsch gewesen.

Merkel spricht Machtwort: Die Maut kommt

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach anhaltenden Widerständen aus ihrer CDU ein Machtwort für die Einführung einer Pkw-Maut gesprochen. „Um es ganz klar zu sagen: Sie steht im Koalitionsvertrag, und sie wird kommen“, sagte die Parteichefin gestern nach Sitzungen der CDU-Spitzenremien in Berlin. Auf ein detailliertes Modell legte sich Merkel aber nicht fest. Im schwarz-roten Regierungsprogramm seien „bestimmte Parameter“ genannt. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) habe „einen Vorschlag gemacht, und an dem wird jetzt weitergearbeitet“. Die NRW-CDU beharrt allerdings auf ihrem Nein zu einer Maut auf allen Straßen.

Merkel betonte, auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bringe sich konstruktiv in die Beratungen ein. Über das Thema hinaus habe er mit Dobrindt auch über weitere Möglichkeiten gesprochen, mehr privates Kapital für Investitionen in die Infrastruktur zu aktivieren, etwa auch beim Breitbandausbau.

CDU-Bundesvize Armin Laschet bekräftigte seine Einwände. „Der Koalitionsvertrag ging nie davon aus, alle Kreis- und Bundesstraßen zu bemaßen.“ (dpa)

Schottland kann zum nuklearen Problem werden

London. David Cameron will ein guter Gastgeber für den Nato-Gipfel am Donnerstag und Freitag im walisischen Newport sein. 9500 Polizisten sorgen für Sicherheit. Sogar das Wetter soll schön werden. Doch ausgerechnet Großbritannien, einer der Eckpfeiler der Nato, könnte bald zum Unsicherheitsfaktor werden. Der Grund heißt Schottland. Am 18. September stimmen die Einwohner darüber ob, ob die nördlichste britische Region 2016 unabhängig wird.

Das Ergebnis könnte massive militärische Probleme für die Streitkräfte Ihrer Majestät aufwerfen. Denn alle britischen Atomwaffen sind in Schottland stationiert – auf U-Booten. Erklärt sich der hohe Norden für unabhängig, müssen die Sprengköpfe über kurz oder lang weg. Experten sehen es zwar als machbar an, die Sprengköpfe in englisches oder walisisches Gebiet zu verlagern. William Walker, Professor für internationale Angelegenheiten an der Universität St. Andrews, sieht allerdings kaum alternative Standorte in England und Wales – allein die Suche danach dürfte zum Milliardengrab werden. (dpa)

Mit Pauken und Trompeten gegen „Kriegstreiberei“

„Stimmen für den Frieden“: Der Aachener Friedenspreis würdigt am Antikriegstag die Aktionen von „Lebenslaute“ und „CodePink“

VON MARCO ROSE

Aachen. „Fragt uns verdammt noch mal nie wieder, ob wir mit Euch in den Krieg ziehen! Denn unsere Antwort lautet: Nein!“ Ralf Woelk, der Vorsitzende des Vereins Aachener Friedenspreis, zeigte sich gestern ausgesprochen emotional, ja verbittert. Ausgerechnet am Antikriegstag, am Tag der Verleihung des Aachener Friedenspreises an die Aktivisten von „Lebenslaute“ und „CodePink“, votierte der Bundestag mehrheitlich für Waffenlieferungen in den Nordirak. Zynisch sei das, meinte Woelk. „Man hat nie einen Pfifferling auf die Meinung der Friedensbewegung gegeben. Und jetzt will man unseren Segen zu den Waffenlieferungen? Leute, Ihr fragt die Falschen zur falschen Zeit!“

Geht es um den Irak oder die Krise in der Ukraine, spricht der Friedenspreis inzwischen ganz offen von „Kriegstreiberei“ – ein Vorwurf, der sich an die Politik, aber auch manche Medien in Deutschland richtet. „Es wird Zeit, dass sich friedliebende Menschen in der Masse mal wieder aufrufen, um für dieses kostbare Gut Frieden etwas zu tun“, forderte die Laudatorin und Journalistin Gabriele Krone-Schmalz in ihrer Würdigung der diesjährigen Preisträger. Das Protestorchester „Lebenslaute“ (Preis national) und die US-amerikanische Bürgerrechtsbewe-

gung „CodePink“ (Preis international) zeigten beispielhaft, wie man der aktuellen Kriegsrhetorik mit bunten und kreativen Aktionen etwas entgegensetzen könne.

So sind etwa die Sänger und Musiker von „Lebenslaute“ seit ihrer Gründung im Jahr 1986 für ihren feinsinnigen und subtilen Protest bekannt. Mitbegründer Ulrich

Klan nennt die Auftritte der insgesamt knapp 300 Mitglieder starken Gruppe eine „besonders effiziente Form von Blockade“. Im Land der Dichter und Denker zögere die Staatsmacht schließlich noch davor zurück, ein Symphonieorchester „mal eben so wegzuräumen“. Klan: „Wenn wir als ‚Lebenslaute‘ in Konzertkleidung musizierend

Gesetze übertreten, Bauzäune oder Absperrungen übersteigen, Plätze oder Zufahrten besetzen, dann funktionieren wir ‚verbotene Orte‘ um, von denen Gewalt der Herrschenden ausgeht.“ Mit 85 Musikern hatte die Gruppe erst kürzlich vor dem Abschiebegefängnis in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) gegen die deutsche Flüchtlingspoli-

tik protestiert. Das „Elend der Flüchtlinge, deren Flucht wie ein Verbrechen behandelt wird“, ist ein besonderes Anliegen von „Lebenslaute“.

Medea Benjamin, Kopf und Symbolfigur von „CodePink“, erinnerte gestern an die Gründungsphase der US-Bürgerrechtsorganisation im Vorfeld der Irak-Invasion. „Wir hörten den Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vor dem Kongress lügen, als es um angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak ging. Zwölf Jahre danach sieht man, dass sich alle unsere Befürchtungen bewahrheitet haben. Wir selbst haben diesen Bürgerkrieg geschaffen.“ Die zierliche Frau aus Washington DC engagiert sich heute mit ihrem Netzwerk vor allem gegen den völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der Vereinigten Staaten. Deutschland spiele in diesem Krieg eine Schlüsselrolle, weil es die US-Kommandozentrale für Afrika beherberge und damit „Beihilfe zum Mord“ leiste. Doch „CodePink“ sieht hierzulande durchaus positive, weil recht kritische Ansätze im Umgang mit der Drohnenproblematik. „Europa steht an der Schwelle zum Eintritt in diesen Krieg. Deutschland hat sie aktiv noch nicht überschritten. Noch besitzt die Bundeswehr keine bewaffneten Drohnen“, sagte Elsa Rassbach von „CodePink“. „Immerhin gibt das ein wenig Hoffnung.“



Mit kreativen Mitteln für den Frieden: Die diesjährigen Preisträger von „Lebenslaute“ und „CodePink“ sind für ihre originellen Proteste bekannt. Foto: Ralf Roeger